

Position der SVAMH zu Verhandlungen bezüglich eines Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU

Der Bund beabsichtigt, ein Freihandelsabkommen mit der EU auszuhandeln. Die SVAMH begrüsst, dass Varianten zur heutigen agrarpolitischen Entwicklung geprüft werden. Vor- und Nachteile eines Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU können aber erst nach dem Vorliegen eines konkreten Verhandlungsergebnisses beurteilt werden. Danach kann auf Grund von Fakten entschieden werden.

Der Vorstand der SVAMH hat an seiner Sitzung vom 16. April 2008 die Lage der Schweizer Landwirtschaft und die Entwicklung der Märkte behandelt:

- Unabhängig von der agrarpolitischen Ordnung verändert sich das Umfeld für die inländische Landwirtschaft. Trotz hohem Grenzschutz wurde in den letzten 10 Jahren rund ein Viertel der Betriebe nicht weitergeführt.
- Der Grenzschutz schützt die Landwirtschaft vor Importen, koppelt aber die Wertschöpfungskette von möglichen Entwicklungen ab. Es muss angenommen werden, dass mittelfristig der heutige Grenzschutz so oder so nicht gehalten werden kann, sei dies auf Grund der europäischen Annäherung, der Fortführung der WTO-Verhandlungen oder anderer bilateraler Abkommen mit aussereuropäischen Staaten (Schwellenländer).
- Ein WTO-Abschluss mit einem massiven Abbau des Grenzschutzes hätte für die Landwirtschaft schwerwiegende Folgen. Hinzu kommt, dass mit dem Abschluss der Doha-Runde weder die Produktionskosten gesenkt noch zusätzliche Absatzmöglichkeiten geschaffen würden. Im Wissen, dass der Beeinflussung des Verhandlungsergebnisses durch die Schweiz enge Grenzen gesetzt sind und ein Rückzug unseres Landes aus den WTO-Verträgen kaum mehrheitsfähig wäre, ist ein Freihandelsabkommen mit der EU auszuhandeln und die notwendigen Begleitmassnahmen zu konkretisieren.
- In der EU leben viele kaufkräftige Konsumenten und es besteht ein entsprechender Markt für Qualitätsprodukte aus der Mutterkuhhaltung. Der Abbau aller tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen erleichtert den Zugang zu diesem Markt.

Auf Grund dieser Entwicklung begrüsst die SVAMH, dass Varianten zum bisherigen agrarpolitischen Kurs geprüft werden. Die SVAMH will sich aktiv und frühzeitig für gute Rahmenbedingungen für die Viehwirtschaft einsetzen. Aus diesem Grund hat der Vorstand der SVAMH einstimmig entschieden, der Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz beizutreten. Eine „Schützengrabenhaltung“ verunmöglicht eine wirkungsvolle und glaubwürdige Interessenvertretung.

Aussagekräftige Vor- und Nachteile können erst nach Vorliegen eines konkreten Verhandlungsergebnisses abgeschätzt werden. Die SVAMH wird zur gegebenen Zeit eine erneute Beurteilung der Lage vornehmen. Es wurde bereits angekündigt, dass das fakultative Referendum ergriffen wird und das Volk über Annahme oder Ablehnung der Vorlage entscheiden wird.

Die Verhandlungen müssen aus der Sicht der SVAMH unter folgenden Rahmenbedingungen ablaufen:

- Tiefere Kosten: Tiefere Produzentenpreise verlangen tiefere Produktionskosten. Dafür ist die ganze Wertschöpfungskette, also auch die vor- und die nachgelagerten Bereiche, zu integrieren. Zur Kostensenkung beitragen müssen auch die Zulassung von Parallelimporten, die Einführung des gegenseitigen Cassis-de-Dijon-Prinzips und der konsequente Abbau von schweizerischen Vorschriften.
- Massnahmen des Bundes: Die Auswirkungen auf die Bauernfamilien müssen klar dargelegt werden. Notwendige Begleitmassnahmen sind frühzeitig und vollumfänglich sicherzustellen. Die Agrarpolitik der Schweiz muss unverändert unabhängig gestaltet werden können.
- Neue Märkte: Für Schweizer Qualitätsprodukte müssen neue Märkte geschaffen werden. Die Branche ist gefordert und die Absatzförderungsmassnahmen der öffentlichen Hand sind zur gezielten Erschliessung neuer Märkte auszubauen.
- Positionierung: Bezüglich Lebensmittelsicherheit, Deklarationen und sanitärischen Vorgaben müssen die Mehrleistungen der Schweizer Produkte klar erkennbar gemacht werden können oder für Importprodukte müssen die gleichen Bestimmungen gelten.
- Partnerschaft: Die Branche muss ihre wirtschaftliche und soziale Verantwortung vollumfänglich wahrnehmen und sich unverändert für korrekte Produzentenpreise einsetzen. Entscheidend ist, dass die Verarbeitung und die Vermarktung von Schweizer Produkten in der Branche auch künftig Priorität haben.

Vorstand der SVAMH